

ORTSUMGEHUNG WAREN - STIMMEN UND STIMMUNGEN RUND UM EIN MILLIONENPROJEKT

Ein Thema - viele Meinungen

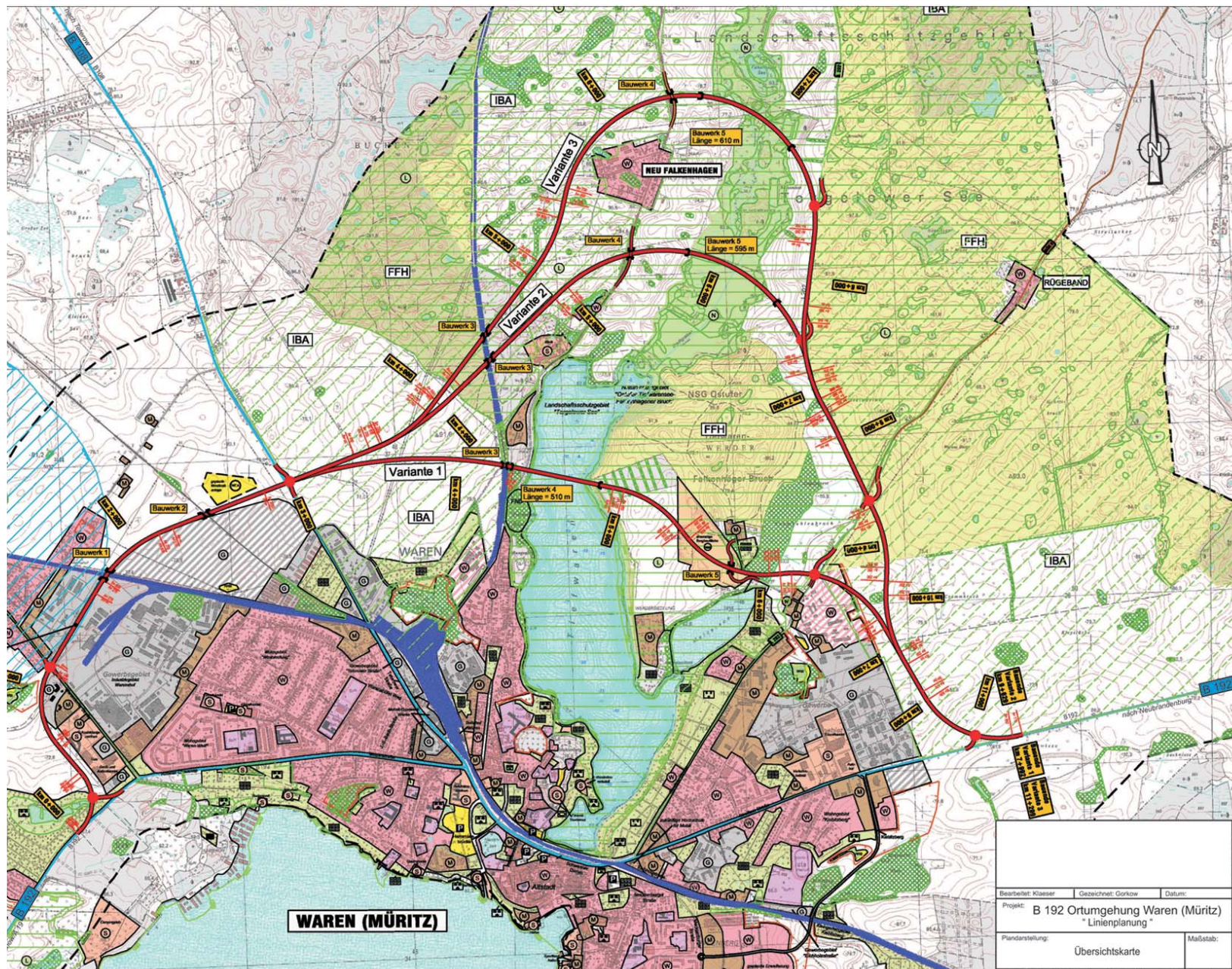
Leserbriefe, Leseranrufe, Leserproteste - die Berichterstattung im Nordkurier („Ortsumgehungen: Rollen 2015 die Autos?“) vom 15. Januar hat in und um Waren eine kontroverse Diskussion entfacht. Bürger, Betroffene und Beteiligte debattieren über mögliche Varianten einer Ortsumgehung. Und das in einem Jahr, in dem Landtags-, Kommunal- und Landratswahlen auf der Agenda stehen. Sensibler (Zünd-)Stoff für die politischen Seismographen. Die im Nordkurier vor zwei Wochen exklusiv abgedruckte innerstädti-

sche Trassenführung über den Schweriner Damm mit anschließendem Südschwenk am Papenberg und Kiebitzweg vorbei hat beispielsweise Dr. Hans-Joachim Radisch und Manfred Abel auf den Plan gerufen. Die Warenaer schildern auf der heutigen Sonderseite die Lage aus Sicht der Anwohner. Den Blick des Landesverkehrsministeriums erläutert Pressesprecherin Julia Hasse im untenstehenden Interview. Last but not least: Anny Klatt hat ihre Gedanken zur Ortsumgehung in einem Leserbrief geäußert. **ABC**



Unverbauter Blick: Noch dürfen die Bewohner des Baugebietes Kiebitzberg die unmittelbare Natur vor dem heimischen Garten genießen. Sollte allerdings eine innerstädtische Variante inklusive Südspange als Ortsumgehung auserkoren werden, ist es mit der Idylle wohl vorbei. Dies könnte auch für die Wohn-, und Landschafts- und Naturgebiete gelten, die von den „Nord-Varianten“ über beziehungsweise um den Tiefwarsensee betroffen wären (Grafik rechts).

FOTO/GRAFIK: BECKER, WEIDEL



„Stuttgart 21 lässt grüßen!“ - Bürger rechtzeitig informieren

SÜDSPANGE Mit Kritik an der Verwaltung und der Forderung nach Transparenz haben Anwohner des Kiebitzberges auf Gedankenspiele aus dem Rathaus reagiert.

VON ANDREAS BECKER

WAREN. „Die von Bauamtsleiter Dr. Lüdde vor zwei Wochen gegenüber dem Nordkurier vorgestellte Süd-Variante ist überflüssig wie ein Kropf“, machen Dr. Hans-Joachim Radisch und Manfred Abel, Bürger vom Kiebitzberg, aus ihrem Herzen keine Mördergrube. „Ortsumgehung heißt, dass der Ort umfahren wird. Und nicht, dass durch den Ort gefahren wird“, kann Rechtsanwalt Radisch die Pläne nicht nachvollziehen. Zumal diese innerstädtisch orientierte Lösung nach Ein-

schätzung von Radisch und Abel just in dem Augenblick von den Verantwortlichen aus dem Hut gezaubert worden sei, als die Baupläne im „Baugebiet 24 Papenberg“ von der Stadt erschlossen und verkauft worden seien. „Wenn die unmittelbar am Baugebiet entlangführende Trasse vor zwei Jahren bekannt gewesen wäre, hätte man die Baupläne nicht so lukrativ verkaufen können“, macht der Rechtsanwalt deutlich. Diese Süd-Variante sei gänzlich neu - bei einer Bürgerinformationsveranstaltung der Stadt vor anderthalb Jahren sei von dieser Variante keine Rede gewesen.

Damit nicht genug: Manfred Abel, pensionierter Tiefbauingenieur, nennt einen weiteren Grund, der gegen die Südspange spricht: „Die Trasse führt hinter dem Kiebitzberg über äußerst morastigen Untergrund. Ohne sogenannte Moorbrücken ist eine Gründung nicht möglich. Dies wiederum ist mit einem riesigen Kostenaufwand verbunden. Der alteinge-

sessene Warenaer ergänzt: „Bautechnisch ist das unnötig.“ Nicht zu vergessen: Die Anwohner am Kiebitzberg, die jetzt noch den unverbauten Blick in Richtung Müritz-Nationalpark genießen, kämen bei Realisierung der Südvariante „in den Genuss eines Panoramablickes auf die Trasse einer Bundesstraße“, wie Radisch mit süffisantem Unterton formuliert.

Wenn sich die Verkehrsplaner für eine innerstädtische Lösung entscheiden würden, sollte diese nach dem Willen von Radisch und Abel doch eher über die vor kurzer Zeit erst sanierte Strelitzer Straße laufen. „Mit Flüsterbelag und Schallschutzmaßnahmen könnten die Lärmbelastungen für die dortigen Anwohner effektiv verringert werden“, weiß der ehemalige Tiefbauingenieur. Alles andere würde bei einer innenstadtnahen Trasse

doch nur zu einer unnötigen Verdichtung des Verkehrs innerhalb bestehender Wohngebiete führen. Obwohl der Bund als Bauasträger bei dem Projekt „Ortsumgehung der Bundesstraße 192“ federführend ist, hält Rechtsanwalt Radisch die Gedankenspiele aus dem Warenaer Rathaus hinsichtlich der Süd-Variante für eine „gigantische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die städtischen Bediensteten. Das stärkt nur die Bauverwaltung. Mit dieser Variante wird die Arbeit für die nächsten zehn Jahre gesichert“, wertet der Jurist in Richtung Rathaus. Vor diesem Hintergrund könne

es Radisch und Abel nicht verstehen, „dass für karitative Einrichtungen Gelder gestrichen, kostspielige Planungen aber finanziert werden“. Insofern sei es nach Auffassung der beiden Warenaer Bürger sowohl aufgrund finanzieller als

„Gigantische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für städtische Bedienstete“



„Ortsumgehung ja - aber richtig oder gar nicht“: Dr. Hans-Joachim Radisch (li.) und Manfred Abel haben sich in die Pläne eingearbeitet. FOTO: BECKER

auch bautechnischer Gründe enorm wichtig, dass die Einwohner der Stadt rechtzeitig und umfassend über das Verfahren informiert würden. „Wenn der Nordkurier nicht über den Stand der Planung berichtet hätte, wären wir vielleicht irgendwann vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Stuttgart 21 lässt grüßen!“, so Radisch. Es sei wichtig, dass der Norden und der Süden der Stadt bei den verschiedenen Varianten nicht gegeneinander ausgespielt würden. Zur Erinnerung: Bei den drei bisher vorlie-

genden nördlichen Trassen, die über beziehungsweise um den Tiefwarsensee führen (siehe obige Skizze), sind Anwohner ebenfalls mehr oder weniger stark betroffen. Auch deshalb machen Radisch und Abel unmissverständlich klar: „Wenn der Bund das Geld für eine Ortsumgehung gibt, dann muss Waren diese Chance nutzen. Aber eine Ortsumgehung sollte - wie es der Name sagt - weiträumig um den Ort führen.“ Anders ausgedrückt: „Ortsumgehung ja - aber richtig oder gar nicht!“

Ministerium bewertet mögliche Varianten

WAREN/SCHWERIN. Eine mögliche Ortsumgehung Warens auf der Bundesstraße 192 ist politisch an höchster Stelle - beim Bund - angesiedelt. Federführend ist in Mecklenburg-Vorpommern das Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung in Schwerin. Julia Hasse, Pressesprecherin des Ministeriums, stand Nordkurier-Redaktionsleiter Andreas Becker im folgenden Interview Rede und Antwort.



Pressesprecherin Julia Hasse.

samkeit und Kosten bewertet werden. Sie ist Teil der so genannten Linienplanung. Als Ergebnis wird eine Vorzugsvariante erarbeitet. Anschließend wird die Linienplanung an die Raumordnungsbehörde übergeben und das Raumordnungsverfahren eingeleitet.

Als Straßenbausträger ist der Bund maßgeblich für das Projekt verantwortlich. Welche der derzeit diskutierten Varianten bevorzugt das Verkehrsministerium in Schwerin?

Eine Vorzugsvariante für die

Ortsumgehung Waren wird erst feststehen, wenn die Linienplanung abgeschlossen ist.

Wird die Stadt Waren bei der Abwägung der Vor- und Nachteile der einzelnen Trassenmöglichkeiten beteiligt? Und wenn ja, welchen Einfluss haben Verwaltung und Politik in Waren?

Die Stadt Waren wird beim Raumordnungsverfahren beteiligt. In diesem Verfahrensschritt kann die Stadt Waren Bedenken und Anregungen zu den einzelnen Varianten und zur Planung äußern. Diese Einwendungen werden im Rahmen der Abwägung aller Interessen berücksichtigt.

Welche Möglichkeiten haben die einzelnen Bürger, um sich am Verfahren aktiv zu beteiligen?

Jeder betroffene Bürger kann sich beim Planfeststellungsverfahren zur Planung äußern. Darüber hinaus stellt das Straßenbaumt Neustrelitz einzelne Planungsstände in der Öffentlichkeit vor, so dass

jeder schon während des Planungsprozesses seine Meinung sagen kann. Und jeder Interessierte kann sich jederzeit an das Straßenbaumamt oder das Verkehrsministerium wenden, zum Beispiel ganz einfach mit einem Brief. Wir werden alle Hinweise aufnehmen und prüfen.

Wie sehen die nächsten Schritte aus? Ist genügend Geld vorhanden, um die Ortsumgehung Waren in den nächsten fünf Jahren zu realisieren?

Wenn die Umweltverträglichkeitsstudie abgeschlossen ist, kann voraussichtlich im Herbst 2011 das Raumordnungsverfahren eingeleitet werden. Anschließend erfolgt die Linienbestätigung durch das Landesverkehrsministerium. Daran schließt sich die Genehmigungsplanung mit Planfeststellungsverfahren an. Nach heutiger Planung könnte der Bau ab 2016 beginnen. Wann der Bau tatsächlich beginnt, hängt aber davon ab, ob und wann der Bund die finanziellen Mittel bereitstellt.

LESERPOST AN DEN NORDKURIER

Mit „Rumeiern“ wird es nie eine Entlastung geben

Zum Beitrag „Ortsumgehungen - Rollen 2015 Autos?“ vom 15. Januar erreichte die Redaktion der folgende Leserbrief:

Waren ist meine Heimatstadt und deshalb melde ich mich immer wieder, wenn es dort Unstimmigkeiten gibt. Ganz sicher ist die Ortsumgehung seit Jahren ein brisantes Thema. Ich war schon im Sommer 2008 bei der Bürgerbefragung dabei. Aber was ich da erlebte, hatte mit einer neutralen Diskussion absolut nichts zu tun. Hysterisches Geschreie, es ging nur um die eigenen Interessen - nicht um das Gesamtwohl der Stadt und seiner Bürger, wie zum Beispiel um die Anwohner der Röbeler Chaussee, der Mozart- und der Strelitzer Straße. Ich wohne in Köln mit etwa zehn Brücken mitten in der Stadt. Sie stören weder das Stadtbild

noch die Fauna und die Flora. Wir haben viele Fische im Rhein und die Vögel zwitschern hier genauso wie in Mecklenburg. Wenn man sich vor drei Jahren schon einig geworden wäre, hätte die Brücke inklusive Umgehungen schon fertig sein können. Wenn die Warenaer weiterhin so unentschieden „rum-eiern“, wird es nie eine Entlastung der genannten Straßen geben. Mitspracherecht okay, aber dann muss die Verwaltung das letzte Wort sprechen. **ANNY KLATT, KÖLN**

Die Redaktion behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Leserbriefen vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, die reine Polemik enthalten und Andere verunglimpfen, werden nicht veröffentlicht. Bitte geben Sie in jedem Fall Ihre vollständige Adresse und Telefonnummer an, um mögliche Rückfragen zu erleichtern.